



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 2 3 - 0 3 0 1
 (Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: Dezernat(e) IV

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen
 Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0289 vom 29.06.2017

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
wird im Internet/PIWI veröffentlicht			

Bestätigung Dezernent

Kessler

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Beschluss Nr. 0289 vom 29.06.2017 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten, Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu entwickeln. Der dazu zunächst auf den Bereich der städtischen Ämter erstellte Bericht (SV 17-V-80-6001) wird nun auf Wunsch des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung um den Bereich der Gesellschaften ergänzt.

Anlagen:

1. Bericht von Dez. IV/230300 vom 05.08.2019 (incl. der diesem als Anlage beiliegenden Berichte von Dez. III) über die bereits bei der Landeshauptstadt Wiesbaden eingeführten Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie zu den im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung genannten Maßnahmen.
2. Muster der für Auftragsvergaben der Stadt eingeführten „Besonderen Vertragsbedingungen für die Weitergabe von Arbeiten, die Zulassung von Bieter-/Arbeitsgemeinschaften, Vertragsstrafen, Kündigungen“

C Beschlussvorschlag:

1. Von dem Bericht des Dezernates IV/23 vom 05. August 2019 wird Kenntnis genommen.
2. Von der Einrichtung einer Stabsstelle gem. Punkt I.8 und einer Arbeitsgruppe gemäß Punkt II des Beschlusses der StVV Nr. 0289 wird vorläufig Abstand genommen.
3. Von der Einladung eines Vertreters bzw. einer Vertreterin des Zentralen Vergabeamtes der Stadt Köln wird mangels Vergleichbarkeit der Ausgangslage Abstand genommen.
4. Dezernat III/Amt 20, Beteiligungsverwaltung, wird beauftragt, den städtischen Gesellschaften, die Bauaufträge vergeben, aufzugeben, gleichlautende „Besondere Vertragsbedingungen“ für die Weitergabe von Arbeiten in ihren Bauverträgen vorzusehen, soweit dies noch nicht der Fall ist.
5. Der Beschluss der StVV Nr. 0289 vom 29.06.2017 nebst den Beschlüssen des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nrn. 0065 und 0067 jeweils vom 28.08.2018, Nrn. 0008 und 0009 jeweils vom 05.02.2019 sowie Nrn. 0022 und 0023 jeweils vom 26.03.2019 werden für erledigt erklärt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Über die bisherige bei der Stadt Wiesbaden eingeführte Vergabep Praxis hinaus hat die Sitzungsvorlage keine weiteren Auswirkungen.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Keine Auswirkungen

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

Keine Auswirkungen

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Zur inhaltlichen Begründung wird zunächst auf den Bericht von 2303 vom 05.08.2019 (incl. dessen Anlagen) verwiesen. Ganz offenbar sind die bei der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Prozesse und Maßnahmen - Gestaltung einerseits der Vergabeverfahren und andererseits der vertraglichen Pflichten - geeignet und hinreichend, um sowohl illegale Beschäftigung als auch Schwarzarbeit auf städtischen Baustellen wirksam zu vermeiden. Weiterer organisatorischer Maßnahmen und des Einsatzes von zusätzlichem Personal zur Überwachung von Baustellen der städtischen Ämter und/oder Gesellschaften bedarf es jedenfalls gegenwärtig nicht.

Angesichts dessen erscheint auch die Einladung eines Vertreters des Zentralen Vergabeamtes der Stadt Köln derzeit nicht angemessen und zielführend.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Es wurden keine weiteren Alternativen geprüft.

keine

Wiesbaden, 13. August 2019

2303

 fi/4704

Hans-Martin Kessler
Stadtrat